Nr. 225 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 11. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 91 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Lohn- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060
Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die französisch-belgische Militärkonvention

Von unserm V.-Mitarbeiter

London, 8. September. (Indirekt.)

Die bevorstehende Unterzeichnung der französisch-belgischen Militärkonvention und Englands Kenntnisnahme des Vertrages geben den tonangebenden Londoner Blättern Gelegenheit, sich mit dem Zustandekommen dieser Konvention eingehend zu befassen. Die Frage, ob England „als dritte Macht" dem Abkommen beitreten werde, lassen die Zeitungen mit merkbarer Absicht außer acht; sie beschäftigen sich fast ausschließlich mit den militärischen und maritimen Folgen der Konvention für England. In dieser Hinsicht erscheint ihnen am wichtigsten, daß Antwerpen nicht befestigt werden soll, sondern ein Freihafen ohne irgendwelche kriegsmäßige Organisation bleibt. Das Gleiche gilt für Ostende und Zeebrügge. Nur die belgisch-holländische Grenze erhält eine ausgesprochen militärische und maritime „Verteidigung". Wenn man den Mitteilungen des „Daily Telegraph" glauben will, so ist die englische Regierung mit den gegenüber Holland getroffenen „franco-belgischen" Maßnahmen vollauf einverstanden. Die Konvention rechnet mit einer vereinigten französisch-belgischen Heermacht, die, im Kriegsfalle, gegen Holland bereitstehen wird. Man rechnet mit rund dreiviertel Millionen belgischer Soldaten, die — nach den Londoner Blättern — „im Dienste Frankreichs" stehen werden.

Die Konvention enthält ferner einen detaillierten Plan der zu schaffenden Festungsanlagen, die einer „Barriere" gegen Deutschland gleichkommen sollen. Dieser Plan ist aber als streng geheim anzusehen und wird auch nicht dem Völkerbundrate zur Mitteilung gelangen, da auf Grund des Völkerbund-Statuts diese militärischen Abschnitte von Verträgen nicht zur Kenntnis der Mitglieder des Völkerbundes gebracht werden brauchen. Trotzdem ist es gewiß, daß England in diese Geheim-Abmachungen militärischer Art vollständigen Einblick erhalten hat. Bezüglich Italiens ist dies anders. Dieser Staat erhält bloß Kenntnis des offiziellen Vertragstextes.

Von besonderer Wichtigkeit ist noch, daß die Konvention den Rhein, beziehungsweise den Talweg dieses „Grenzflusses", als Verteidigungslinie betrachtet, so daß (laut englischen Mitteilungen) die Verteidigung des Rheins von französisch-belgischer Seite aus durch einen „Festungsgürtel" besonders gesichert werden soll. Holländisch-Limburg, das „gefährliche Loch", erhält auf belgischem Gebiete einen „Festungsriegel" vorgeschoben. Im ganzen sind vier solcher mächtiger „Festungs- und Verteidigungslinien" vorgesehen.

Die Konvention zerfällt in einen Teil, der sich mit den militärischen Sicherungen für die nächsten fünfzehn Jahre beschäftigt, und dann mit den Sicherungen nach diesem Zeitraume, also nach der Räumung des linken Rheinufers. Der „Daily Telegraph" stellt aber ausdrücklich fest, daß Frankreich schon heute mit einer Aenderung der politischen Lage im Westdeutschland rechne, nämlich mit einer Loslösung des linken Rheinufers und Gründung eines Pufferstaates, oder mit einer autonomen Rheinrepublik. Aus den Informationen des genannten Blattes geht nämlich deutlich hervor, daß der Vertrag zwischen Frankreich und Belgien einen Annex besitzt, der die Regelung eines „Bündnisses" mit dieser Rheinrepublik, die noch entstehen soll, enthält. Das Blatt erklärt, daß Frankreich mit einer Rückgabe des besetzten Gebietes „ohne weiteres" nicht mehr einverstanden sei, sondern eine „politische Umgestaltung" wünsche und erstrebe. Es ist jedenfalls sehr merkwürdig, daß ein konservatives englisches Blatt diesen Wunsch Frankreichs ohne irgendwelchen Vorbehalt feststellt und sich mit einer so offenkundigen Annexionspolitik einverstanden erklärt. Sollte die Anerkennung der Konvention durch England erfolgen, so wäre die wichtige Frage aufzuwerfen, wie sich die „alliierten und assoziierten" Regierungen, die Unterzeichner des Rheinlandstatuts von Versailles, zu diesen französisch-belgischen Bestrebungen im linksrheinischen Gebiete verhalten. Die Konvention bedeutet an und für sich einen Einbruch in die Besetzungs- und Rückgabebestimmungen des linken Rheingebietes, denn sie basiert auf einer „Umgestaltung der politischen Lage in Westdeutschland" und auf der Gründung eines „Pufferstaates", der von den selben Konventionsstaaten Frankreich und Belgien „beschützt" werden soll. Es ist zu erwarten, daß sich im englischen Unterhause an die Geheimklausel des Vertrages eine aufschlußliche Debatte knüpfen wird.

*

Wie sie sich selbst beschwindeln

Der Sonderberichterstatter des „Journal", Fernand Hauser, der Millerand auf seiner Reise begleitet, berichtet seinem Blatte aus Mainz:

„Wenn man in Mainz lebt, so merkt man wahrlich, daß wir alle Tage Fortschritte in der Eroberung des Landes machen. Eroberung? Uebertreiben wir nicht! Es handelt sich für uns nicht darum, aus diesen Provinzen neue französische Departements zu machen. Aber diese rheinischen Provinzen können befreundete Provinzen werden, und wer weiß, die Zeit ist ein großer Heilkünstler, eines Tages können sie als Einigungsband zwischen zwei einander lange feindlichen Völkern dienen. In gewissen Kreisen ist es Mode, zu behaupten, daß wir nicht Sieger sind. Diejenigen, die das behaupten, sollen nach Mainz gehen. Sie werden sehen, ob wir Sieger sind und sie werden sehen, daß wir es mit Edelmut, mit Takt, mit Geschmack sind, und die Bevölkerung ist uns dafür dankbar. Die Bevölkerung erinnert sich an ihre Aufregung im November 1918, als die „Franzosen" kamen. Damals erwarteten die Deutschen, die sich des Schlimmen, das sie uns angetan hatten, bewußt waren, das Schlimmste. Aber die Gnade Frankreichs ist ebenso schnell wie sein Korn, und anstatt Repressalien für die Verwüstung unsrer Nord- und Ostdepartements, bieten wir den Rheinländern militärische Umzüge, Konzerte, Pferderennen, ja sogar Wagner-Vorstellungen".

In dasselbe Kapitel gehört die folgende Adresse an Millerand, die uns unser Pariser Korrespondent übermittelt:

Paris, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Blätter veröffentlichen folgende Adresse, die die „Liga für die Unabhängigkeit der Pfalz" an Millerand gelangen ließ:

„London, 8. September. Herr Präsident! Die Liga für die Unabhängigkeit der Pfalz ist glücklich, den Ministerpräsidenten Frankreichs, der ältesten Republik Europas, begrüßen zu können. Sie drückt den Wunsch aus, daß der Besuch der Rheinlande eine Besserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Pfalz zur Folge haben wird, die von Deutschland verlassen und von Frankreich verkannt wird. gez. Eichhorn, Emmerich und Walterdorf."

Um welche und wie viele Leute es sich dabei handelt, ist aus den Vorgängen des Dr. Dorten und seiner Rheinischen Republik zur Genüge bekannt. Hier soll nur die Schande dieser Art Menschen niedriger gehängt sein.

*

Ein Komplott gegen Genf?

Paris, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) In dem gestrigen Leitartikel schreibt der „Temps": **„Warum soll man nach Genf gehen? Wir glauben, daß Belgien wie auch Frankreich der Wiedergutmachungskommission die Prüfung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge überlassen werden. Wir glauben auch, daß, wenn man ein nicht in dem Vertrag von Versailles vorgesehenes Verfahren einschlagen will, die Vereinigten Staaten ernste Vorstellungen erheben werden. Warum unterrichten sich nicht einige Vertreter Deutschlands bei den Franzosen?" Diese Auffassung des Blattes, das den französischen Regierungskreisen nahesteht, läßt darauf schließen, daß man mit offiziellen Widerständen gegen die Genfer Konferenz zu rechnen hat.**

Gleichzeitig meldet der Korrespondent aus Brüssel, der Ministerpräsident Delacroix habe ihm erklärt, er stelle gleichfalls die Frage gegenüber der Genfer Konferenz, ob es nicht besser sei, Vertreter durch die Wiedergutmachungskommission zu einer Besprechung über den Versailler Vertrag nach Paris einzuladen. Führende Staatsmänner sollten dann zusammentreten, um die Wiedergutmachungsfragen zu besprechen und um zu den Anregungen der Kommission Stellung zu nehmen, besonders um zu entscheiden, ob Deutschland aufgefordert werden solle, Vertreter nach Genf zu entsenden. Frankreich sei damit einverstanden und werde diese Vorschläge der englischen Regierung unterbreiten.

Die Transportkontrolle

Hamburg, 10. September. Zwischen der Direktion des Kaiser-Wilhelm-Kanals und ihren Arbeitern droht ein Konflikt. Der Betriebsrat der Kanalverwaltung hat am Mittwoch den dänischen Dampfer „Cavalla" angehalten. Der Betriebsdirektor des Kanals gab trotzdem dem Dampfer die Durchfahrtsbewilligung, da aus den Papieren hervorging, daß das Schiff mit Ladung aus Saloniki nach Danzig unterwegs sei. Der Schleusenbetriebsrat warnte jedoch den Kapitän, auf der Reede liegen zu bleiben. Das gleiche Schicksal traf den griechischen Dampfer „Jolanta", an dessen Bord sich angeblich Waffen und Heeresgut für Polen befinden sollten. Auch er wurde angehalten und ihm zunächst die Durchfahrt verweigert. Dem Berliner Auswärtigen Amt sind die Vorgänge bereits bekannt. Das Amt hat aber noch keine Entscheidung getroffen.

*

Entspannung im Eisenbahnerkonflikt

b. Berlin, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) In der Lage des Eisenbahnerkonfliktes ist eine Entspannung eingetreten. Die Abstimmungen in den Berliner Werkstätten, die erst gestern abend abgeschlossen wurden, haben keine Mehrheit für einen sofortigen Streik gebracht. Dagegen wurde eine Vertrauensmännerkommission gebildet, die erneut mit dem Reichsverkehrsminister über die Frage des Kontrollrechtes gegenüber Munitionstransporten verhandeln soll.

b. Berlin, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Erfurt gemeldet wird, haben die dortigen Abstimmungen in den Werkstätten keine Mehrheit für einen Eisenbahnerstreik gebracht, wie er von dem Deutschen Eisenbahnerbund angehörigen Betriebsräten gefordert war.

*

Sabotage der Eisenbahn Ulm—Stuttgart

Stuttgart, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) Infolge ungünstiger finanzieller Lage sperrten die Daimler-Werke jetzt die Hälfte ihrer gesamten Arbeiterschaft, die 8000 Mann beträgt, aus. Unter den Arbeitern ist die Erregung ziemlich stark. In der nahen Umgebung der Daimler-Werke versuchten sie in der letzten Nacht, die Eisenbahnlinie Ulm—Stuttgart zu sprengen. Nur durch zufällige Patrouillen der Sicherheitswehr konnte ein größeres Unglück vermieden werden.

Ergebnislose Verhandlungen

Nach einer Havasmeldung aus London ist die Besprechung zwischen der englischen Regierung und den Vertretern der englischen Bergarbeiter ergebnislos verlaufen.

Der „unparteiische" General Le Rond

Die „Breslauer Morgenzeitung" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Der unparteiische General Le Rond" folgendes Dokument:

Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien, Nr. 96, 9. IV. J. M.

(Sekret) Oppeln den 29. August 1920

An die Herren französischen Kreiskontrolleure

In Anbetracht der langsam wachsenden Erregung in der deutschen Teilbevölkerung in Oberschlesien halten wir es für nötig, die Herren Kreiskontrolleure darauf aufmerksam zu machen, daß es sich empfehlen wird, die Ueberwachung und die Aktion zur Wiederherstellung der Ruhe bzw. zur Entwaffnung der irregulären polnischen Trupps mit mehr Stärke auszuführen, um der Wiederholung solcher Fälle, wie sie in Kattowitz und Beuthen passiert sind, entgegenzuarbeiten. Es wird auch darauf zu achten sein, im Falle von Mitteilungen irgendwelcher Art an gewissen Seiten (z. B. C. Hindenburg) mehr Klugheit und Vorsicht anzuwenden. Nicht zu vergessen aber sind die ergangenen Anweisungen über die Stellungnahme gegenüber den polnischen Organen im Falle eines Zusammengehens und über dessen Wirkung nach außen (O. z. 93—27. 8. 20). Bei den ausgebrochenen Differenzen im Zusammenarbeiten mit den Herren Mitgliedern der italienischen Delegation ist besonders darauf zu achten, daß die Nichtbeachtung der für die Aufstellung der Polizei erfolgten Vorschriften in nicht zu großer Zahl erfolgt. Es muß in jedem Falle ein bestimmtes Maß von Gleichstellung eingehalten werden, damit das Prestige der Interalliierten Kommission keinen Schaden erleidet. Nach stattgehabter Rücksprache mit den leitenden polnischen Stellen erfolgen Direktiven bzw. Anweisungen für die weitere Behandlung der noch kommenden Ereignisse. Von dieser Anweisung unberührt bleiben die offiziellen Tagesberichte.

(gez.) Caput, Direktor des Militärdepartements,
(gez.) Le Rond, Präsident der Internationalen Kommission.

*

Gegenüber dieser Veröffentlichung hat die Interalliierte Kommission, wie nicht anders zu erwarten war, schleunigst ein Dementi erlassen. Es lautet:

Oppeln, 10. September. (Wiener Drahtbericht.) Nach Angaben der Interalliierten Kommission ist das gestern von der „Breslauer Morgenzeitung" veröffentlichte Dokument, in dem General le Rond seinen Kreiskontrolleuren parteiische Anweisungen gegeben hat, falsch. Die „Breslauer Morgenzeitung" ist deshalb für einen Monat im besetzten Gebiet verboten worden, ebenso die „Tägl. Rundschau".

Ob durch das Verbot der Zeitung die Richtigkeit des Dementis erwiesen wird, scheint uns noch ungewiß. Hoffentlich äußert sich das Blatt bald über die Quelle, aus der ihm die Mitteilung gekommen ist.

*

Gerichtsfeststellungen

Rybnik, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht sollten zur Aburteilung wegen Aufruhrverbrechens einige Polen vernommen werden, die unter Führung eines gewissen Bella standen, der polnische Leutnantsuniform trug. Der Angeklagte Bella sagte aus, daß er Auftrag zur Entwaffnung der Deutschen bekommen habe, und gab zu, daß dieser Auftrag von dem polnischen Plebiszitkommissariat stammte. Damit hat auch ein Führer der Polen zugegeben, daß die eigentlichen Drahtzieher in Beuthen saßen. Die weitere Verhandlung erbrachte den Beweis, daß allein die Polen und nicht die Deutschen bewaffnet waren. Bei dem Hauptangeklagten Bella wurden Waffen gefunden, von denen ein Teil aus dem Besitz der Polizeibeamten stammte. Bella wurde zu der im Hinblick auf seine Taten geringen Strafe von vier Monaten Gefängnis verurteilt, mit der Begründung, daß ein Landfriedensbruch nicht vorliege, weil er keine Gewalt über seine Leute mehr hatte.

*

Die Not Oberschlesiens

Die Lage in Oberschlesien ist weiterhin äußerst gespannt. Die neuesten Meldungen bestätigen die Befürchtungen, die in den letzten Tagen in der Presse für die Zukunft zum Ausdruck kamen. Die Polen sprechen es offen aus, daß sie die gegenwärtige Lage nur als die Ruhe vor dem Sturm betrachten. Im Landkreise Oppeln rüsten die Polen eifrig für einen neuen Putsch. Aus vielen Orten treffen in Oppeln Flüchtlinge ein, die dies bestätigen und gleichzeitig um Hilfe für den Fall der Not bitten. In Hindenburg wurde am Montag abend ein polnischer Hetzer von der Polizei festgenommen. Der Mann, der bei seiner Festnahme drei Revolverschüsse auf die Beamten abgab, erklärte, daß bis 18. September sämtliche Deutschen das Abstimmungsgebiet verlassen müßten. Von andrer Seite wird gemeldet, daß nach einer Mitteilung Korfantys sich die Polen Oberschlesiens mit Gewalt bemächtigen würden. Falls es doch zu einer Abstimmung kommen sollte, dürften nur die in Oberschlesien wohnenden Oberschlesier zur Abstimmung zugelassen werden, um das Uebergewicht der Deutschen zu beseitigen. In Bogschütz ist noch immer keine Ruhe eingetreten. In jeder Nacht finden hier die wildesten Schießereien statt. In einer Besprechung auf dem Rathaus, an der auch ein französischer Offizier teilnahm, erklärte der Polenführer Wlugiewick namens der polnischen Fraktion, er könne in Verhandlungen über die Abstimmungspolizei nicht eintreten, da er von seiner Behörde im Hotel Lomnitz in Beuthen, dem Hauptquartier Korfantys, noch keine Anweisung erhalten habe. Er sehe sich deshalb gezwungen, die Abstimmungspolizei vorderhand abzulehnen.

*

Neue Spannungen

Kattowitz, 10. September. (Eig. Drahtbericht.) Aus Wolschnik, Kreis Lublinitz, kommen schon wieder Flüchtlinge, da die Deutschen dort von neuem terrorisiert werden. Während die Deutschen sich an die Beuthener Abmachungen halten, kümmern sich die Polen nicht im geringsten um die einfachen Bestimmungen.

Vor der Volksabstimmung in Kärnten

Von unserm Sonderberichterstatter

I.

Klagenfurt, 6. September

Nicht viele Deutsche, auch eifrige Alpenfahrer nicht, kennen das Kärntner Land und seine Hauptstadt. Man wußte höchstens aus den Liedern Koschats, des Kärntner Sängers, daß dort, zwischen den Hohen Tauren und den Karawanken, ein deutsch-österreichischer Stamm haust, sangesfroh wie kaum ein andrer; man ließ sich von den Reisehandbüchern erzählen, daß der Großglockner, mit dem gewaltigen Pasterzengletscher, vielleicht der schönste Berg der Ostalpen, zu Kärnten gehört, und das bekannte Bild von Heiligenblut, der höchstgelegenen Kärntner Ortschaft mit dem Großglockner im Hintergrunde, ist auch in Deutschland weit verbreitet. Aber sonst blieb das Gergland jenseits Salzburgs und des Hohen Tauern den meisten Deutschen unbekannt. Am Wörther See, dem größten und anmutigsten der Bergseen Kärntens, hörte man im Sommer meist echtes Wienerisch, Ungarisch und Kroatisch, als diese Völker alle noch das milde Zepter Franz Josephs vereinte, aber den Berliner, der sonst doch überall ist, suchte man vergebens. Er wagte sich höchstens bis zu den Heilquellen Gasteins, an dessen schönem, durch wahre Wolkenkratzer von Hotels leider arg verunstalteten Tal die Bahn nach Kärnten vorüberführt.

Im Kriege wurde das allerdings anders. Damals war Kärnten das Aufmarschgebiet für den Feldzug in Oberitalien, deutsche Heere zogen durch das Land, gastlich von den Kärntnern aufgenommen. Aber als der Friede endlich kam, hatte Deutschland seine eigenen Sorgen und vergaß, daß an der neuen Balkangrenze, an der Steinmauer der Karawanken, deutsche Stammesgenossen einen schweren Kampf um ihr Volkstum gegen slawische Bedrohung führen mußten, daß, ähnlich wie in Oberschlesien, die Deutschen mit den Polen um ihre Heimat ringen, sich die Kärntner der slowenischen Raubsucht zu erwehren haben. Und doch ist dieses Kärntner Grenzland als Wall gegen das erniedrigende Slawentum auch für Deutschland wichtig, und das Kärntner Volk, das sich als ein Teil der großen deutschen Kulturgemeinschaft fühlt, verdient die Teilnahme Deutschlands an seinem Schicksal in vollstem Maße.

Wenn man in Klagenfurt durch die Straßen wandert mit ihren behaglich anspruchslosen Häusern im Stile des Rokoko oder Barock, wenn man unter den Bürgern beim Wein sitzt oder die schönen Töchter des Landes singen hört und ihren Tänzen zuschaut, so kommt einem der Gedanke, daß diese Stadt und mit ihr ganz Unterkärnten slowenisch werden soll, geradezu närrisch vor. So närrisch wie der riesige Lindwurm, den die Klagenfurter sich vor etlichen hundert Jahren in Stein aushauen ließen und mitten auf ihrem Markt aufstellten. Der Lindwurm hat im aufgerissenen Maul ein Röhrlein stecken, durch das er friedlich Wasser speit. Auch der Herkules, der vor ihm steht und ihm mit einer langen Keule droht, sieht nicht sonderlich furchterwecken aus. Einst war dieser Drache der Sage nach der Schrecken der Klagenfurter, bis ihn der Kärntner Siegfried erlegte, dann ward er in das alte Kärntner Wappen aufgenommen, und heute ist er das Zeichen geworden, in dem das Volk Kärntens sich seiner slawischen Bedrücker wieder zu entledigen hofft. Sinnbild des neuen freien Kärntens also, während die Kaiserin Maria Theresia, deren Standbild unweit von dem Lindwurm eben falls auf dem Markte steht, gewissermaßen das Sinnbild des alten Oesterreich ist, dem aber der Kärntner, vielleicht weil auch heute noch weit mehr davon besteht als er selbst ahnt, sonst keineswegs nachtrauert. Auch die Maria Theresia nimmt sich, wie sie da so pompös in ihren weiten, steifen Röcken steht, mit dem Szepter in der Rechten und der Krone auf dem Kopf ein wenig närrisch aus. Denn so sehr der Bildhauer sich bemüht hat, sie recht majestätisch darzustellen, im Grunde ist sie doch weit mehr die behäbige Bürgerin und Mutter, und es würde ihr weit besser anstehen, wenn sie statt des Szepters eines ihrer vielen Kinder auf dem Arme trüge, die sie ihrem Gemahl, dem Kaiser Franz, geschenkt hat. Aber wie das früher nun einmal Brauch war, wollten die Klagenfurter, als sie vor ungefähr fünfzig Jahren das alte, einfache und schöne Denkmal, von dem das vortreffliche Klagenfurter Museum noch ein Bild bewahrt, durch ein neues ersetzten, die Majestät und nicht die Mutter ehren. Vielleicht weil sie damals meinten, Kinder kämen ohnedies im Kärtner Lande genug zur Welt. Heutzutage aber kommt das Mütterliche wieder zu Ehren. Als wir vor der Kaiserin standen, lag zu ihren Füßen ein umkränztes Siegerbanner, und auf die Frage nach dem Grunde dieser seltsamen Ehrung erhalten wir zur Antwort, daß sie der amerikanischen Kommission gelte, die sich der Klagenfurter Kinder angenommen hätte. Also auch hier hungernde Kinder. Auch dieses scheinbar so fruchtbare Land blieb von dieser schrecklichen Plage nicht verschont. Kärnten hat aber auch alle Nöte eines Grenzlandes in solchen Zeiten in überreichem Maße erduldet. Durchmärsche großer Heere im Anfang des Krieges, dann der Rückstrom von fast einer Million Soldaten bei größtenteils aufgelösten Verbänden, marodierend und dem eigenen Volk zur Plage; den Taumel der Soldatenräte, der hier bei dem Völkergemisch des zurückflutenden Heeres besonders wild war. Endlich, nachdem der Krieg scheinbar zu Ende, Einbruch der Slowenen, blutiger Aufstand im Grenzgebiet und einen neuen Flüchtlingsstrom, diesmal von den geistigen Bewohnern des eigenen Landes, die vor den slawischen Landräubern flohen. Es folgten neue Kämpfe, die erst im Sommer des vorigen Jahres zur Ruhe kamen und in dem heute noch bestehenden Zustand endeten.

Konrad Pahl.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200911/1